

der verschiedenen Commissionen scheint nicht überall die vorhandenen Kräfte in Betracht gezogen zu haben und auch in etwa übereilt zu sein. Namentlich ist die Commission „über das Gemeindegewesen“ aus den westlichen Provinzen wenig vertreten, und in der Agrar-Commission hat man viele sachkundige Kräfte gar nicht beachtet. Es folgt daraus, daß die Plenar-Debatten lebhafter werden müssen, wenn die Commission ihre Aufgabe etwa nicht vollständig erfüllt und dem provinziellen Partikularismus zu sehr Rechnung getragen haben sollten. Mit f. g. Denkschriften, z. B. gegen die Steuerausgleichung aller Provinzen; gegen die liberalen Grundzüge in dem Guts herrlichen Lastenablösungs-Entwurf u. s. w. werden die einzelnen Abgeordneten überschüttet; wenn dabei etwas zu verwundern ist, so ist es die von den verschiedenen Verfassern fund gegebene Verkenennung der älteren und neueren Geschichte, und die völlige Nichtbeachtung der Warnungsworte vom berühmten Englischen Staatsmann G. Canning: daß diejenigen, welche der Verbesserung sich widersetzen, weil sie eine Neuerung ist, werden bald genug auch da die Neuerung annehmen müssen, wo sie keine Verbesserung ist. Hinsichtlich der Grundsteuer- und Steuer-Ausgleichungsfrage habe ich, den oft weitläufigen sophistischen Denkschriften entgegen, die anliegenden Bemerkungen (siehe N. 102 u. 103 d. B.) aufgestellt und an die Kammermitglieder ebenfalls theilen lassen; diese kurze Gegenschrist ist von fast allen westphälischen und rheinischen Abgeordneten unterstützt, und findet selbst bei den sächsischen, schlesischen und pommerischen Deputirten — die nicht zu den privilegierten Grundsteuer-Freien gehören — Anklang. Denselben Weg werden wir da einschlagen, wo es sich bei den materiellen Hauptfragen um die Vortheile oder Nachtheile der Mehrheit des Volks handelt. Unsere Plenar-Sitzungen können, aus den vorangegebenen Ursachen, bis jetzt nur geringes Interesse darbieten: dieses Interesse wird sich aber in dem Maße steigern, als die Haupt-Fragen, um die es sich in materieller Hinsicht handelt, nach und nach auf den Kampfplatz gebracht werden; bis dahin haben, wie es scheint, die competenten Beurtheiler in der Kammer ihre Kräfte aufgespart. Die Fraktionen bilden sich nach und nach, eine strenge Scheidung ist jedoch noch nicht erfolgt. Interessant ist hierbei das „f. g. auf den Zahn fühlen“ was sich viele Leithämmer sehr angelegen sein lassen.

Die Commission „über die Unterrichtsfrage u.“ ist aus 14 Mitgliedern zusammengesetzt, wovon 12 der evangelischen und 2 der katholischen Confession angehören; um wahrscheinlich den Schein der „Paritätsverletzung“ zu vermeiden, ist sogar von der anderen Seite die Vermehrung der Commission auf 21 Mitglieder vorgeschlagen. Ob dadurch ein günstigeres Resultat für die Parität erzielt werden wird, kann erst nach der Wahl der fehlenden 7 Mitglieder beurtheilt werden. Die in dieser Commission befindlichen achtbaren gläubigen evangelischen Persönlichkeiten werden hoffentlich den zu beratenden hochwichtigen Gegenstand dem Bedürfnisse und der Würde der Sache entsprechend behandeln.

Sehr lehrreich und zugleich unterhaltend sind die eingehenden vielfachen Petitionen, die sich oftmals geradezu widersprechen; man erhält übrigens daraus eine ziemlich klare Einsicht in die heterogenen Bestandtheile unseres Staats.

Die Mehrheit der Kammer scheint sich in dem Punkte zu vereinigen, die f. g. Dringlichkeitsanträge und Anträge über Partikular-Interessen zu verwerfen, damit nicht die Hauptsachen als Nebensachen in den Hintergrund treten.

**Berlin, 24. August.** Heute Morgen sind die Waigefangenen aus der Hausvogtei entlassen worden. Der Behörde war der Bericht eines feierlichen Empfangs der Gefangenen bei ihrer Entlassung zugegangen; wahrscheinlich in Folge dessen wurde plötzlich gestern Abend 8 Uhr den Gefangenen die Meldung gemacht, daß sie entlassen seien und ihnen die Weisung erteilt, das Gefängniß zu verlassen.

Die Waigefangenen weigerten sich indessen dieser Weisung zu folgen, sie blieben die Nacht über in der Hausvogtei, mußten jedoch dieselbe des Morgens schon um 6 Uhr verlassen, obgleich sie wünschten bis 7 Uhr zu bleiben, zu welcher Zeit das Komitee der Berliner Volkspartei sie aus dem Gefängniß abholen wollte. Auf den geäußerten Wunsch wurde keine Rücksicht genommen, die Gefangenen wurden durch den Garten nach der Jägerstraße geführt und dort in Freiheit gesetzt.

**Berlin, 25. August.** Von den Abgeordneten Hartmann und Genossen ist nachstehender Antrag an die zweite Kammer gerichtet: Die zweite Kammer wolle nachstehendes Gesetz beschließen: §. 1. Die Ausübung des Jagdrechts auf eigenem Grund und Boden unterliegt fortan den im gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen Beschränkungen. §. 2. Zur eignen Ausübungen der Jagd ist der Eigenthümer befugt auf Grundstücken von mindestens 300 Morgen in zusammenhängender Fläche; auf Seen, Teichen und Inseln, so wie auf solchen Grundstücken, welche ohne Unterbrechung umfriedigt sind mit Mauern, Gräben, Staketen, Hecken oder Zäunen. §. 3.

Alle andern unter die Bestimmungen des §. 2. nicht zu stellende Grundstücke werden in Jagdbezirke vereinigt, die sich nach den Grenzen der Feldmark oder des Gemeindebezirks bestimmen. Grundstücke von weniger als 300 Morgen, die zu keiner Feldmark und auch zu keinem Gemeindebezirk gehören, werden durch die Kreisbehörde einem benachbarten Jagdbezirk zugelegt. §. 4. Das Jagdrecht innerhalb der Grenzen eines Jagdbezirks (§. 3.) kann nur ausgeübt werden entweder durch beauftragte Jäger oder durch öffentliche Verpachtung. §. 5. Ob die eine oder die andere Art der Benutzung (§. 4.) eintreten soll, darüber entscheidet der Jagdvorstand, der von den Grundbesitzern des Jagdbezirks nach absoluter Stimmenmehrheit stets auf 3 Jahre gewählt wird, aus 3 bis 7 Mitgliedern besteht, mit allen den Gemeindevertretern zustehenden Rechten und Pflichten bekleidet ist und für seine Mithaltung nur den Ersatz baarer Auslagen fordern kann. §. 6. Die Nutzmaße des Jagdbezirks werden zur Gemeindefasse gezogen und unter die einzelnen Grundbesitzer nach Verhältniß der zum gemeinsamen Bezirk hergegebenen Fläche vertheilt. §. 7. Den Jagdvorständen steht es frei, für die Jagdausübung besondere, den Gesetzen nicht zuwider laufende, den Ortsverhältnissen angemessene Bedingungen aufzustellen, auch bei Verpachtungen unter den Bietern den tauglichsten Pächter zu wählen. Nur dürfen sie keine Verträge schließen, welche den Zeitraum von 12 Jahren überschreiten; sie dürfen Niemanden als Jäger oder Pächter annehmen, der innerhalb der letzten 5 Jahre, wegen Mißbrauch des Feuegewehrs oder wegen Jagd- oder Forstkontravention bestraft ist, oder der unter polizeilicher Aufsicht steht. §. 8. Die jagdpolizeilichen Vorschriften über die Schon- und Gezeit des Wildes, so wie die auf Umgehung derselben gesetzten Strafen, welche durch §. 8. des Gesetzes vom 31. October 1848 aufgehoben sind, — treten wieder in Kraft. §. 9. Die dem gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes vom 31. October 1848 werden aufgehoben.

— Die „Spenerische Zeitung“ theilt mit: Vorgestern ist eine Note des bayerischen Kabinetts in Betreff der deutschen Angelegenheiten hier eingegangen, deren Sprache mit den, in der letzten Zeit verbreiteten Nachrichten von freundlicheren Gesinnungen Baierns gegen Preußen sehr wenig übereinstimmen soll.

**Berlin, 25. Aug.** Es ist die Absicht, schon im Laufe des nächsten Monats September die Linie des preussischen elektro-magnetischen Telegraphen Berlin-Hamburg und Elberfeld-Düsseldorf-Köln-Nachen für das Publikum in Betrieb zu setzen. Einen Monat später soll die Linie Berlin-Magdeburg-Brandenburg-Hannover-Düsseldorf und gegen Schluß des Jahres Berlin-Erfurt-Kassel-Frankfurt a. M. folgen. Die Linien Berlin-Breslau-Wien und Berlin-Stettin werden auch in diesem Jahre noch vollendet. D. St. 3.

**Königsberg, 24. August.** Se. Majestät der König hat den Gymnasial-Direktor, Dr. Dillenburger in Emmerich, zum Regierungsrath und katholischen Schulrath bei der Regierung zu Königsberg ernannt.

**Frankfurt, 23. August.** An der heutigen und gestrigen Börse sind die österreichischen Metalliques und Staatspapiere wieder bedeutend gestiegen. Auch die süddeutschen Papiere sind etwas in die Höhe gegangen. — Morgen wird der Bischof von Limburg hier eintreffen, um den Hrn. Beda Weber als Stadtpfarrer von Frankfurt zu installiren.

**Karlsruhe, 20. August.** Diesen Morgen fand eine Trauerfeier für die in der Revolutionszeit Gefallenen in der hiesigen katholischen Kirche statt, wobei von den Schulkindern eine vor Kurzem eingeübte Trauermesse gesungen wurde.

So eben (Morgens 11 Uhr) traf der hochwürdigste Herr Erzbischof v. Vicari von Freiburg hier ein und stieg bei dem Hrn. Geistlichenrathe Gaf ab. Wahrscheinlich gilt dieser Besuch Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge bei dessen Rückkunft in seine Residenz.

Viele Orden sind bei der Ankunft unseres Großherzogs an preussische Officiere vergeben worden. Nach dieser Decorirung besichtigte der Großherzog mit Gemahlin und Prinzen die Verzierung der Stadt.

**Rastatt, 22. Aug.** Ein Theil der hier liegenden f. preuss. Truppen wurde gestern in die Kasernen verlegt, um die große Last der hiesigen Einwohner in Etwas zu erleichtern. Wie sich aber leicht vorausdenken ließ, entstand durch diese Maßregel Unzufriedenheit und Zwist unter den betreffenden Truppen, da so ihre bisherige Lebensweise beschränkt und vereinfacht wurde. Eingelaufenen Nachrichten zufolge soll der flüchtige Oberanführer der badischen Insurgenten Sigel und der Bezirkscivilcommissär Commossy aus Rastatt, weil gemeiner Verbrechen schuldig, in der Schweiz verhaftet worden sein. Sie werden wohl unserer Regierung ausgeliefert werden. In Folge standgerichtlichen Urtheils vom 26. wurde der ehemalige Wachtmeister Franz Backof zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt.